

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	05.10.2010	öffentlich
Landschaftsbeirat	21.09.2010	öffentlich
Bezirksvertretung Heepen	08.09.2010	öffentlich
Bezirksvertretung Schildesche	09.09.2010	öffentlich
Bezirksvertretung Jöllenbeck	30.09.2010	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Bodendeponie Talbrückenstraße (Schlammfelder Obersee)

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

UStA, 20.03.2007, TOP 7, 2009/3412 und N3412 - BV Heepen, 08.03.2007, TOP 7, 14.03.2007, TOP 3, 2009/3412 - BV Schildesche, 15.03.2007, TOP 7, 2009/3412

Beschlussvorschlag:

Die BV Heepen und Schildesche empfehlen, die BV Jöllenbeck nimmt zur Kenntnis, der AfUK beschließt:

Der Erhöhung der Deponiekapazitäten auf den ehemaligen Schlammfeldern am Jerrendorfweg von 200.000 m³ auf 550.000 m³ bis 31.12. 2014 einschließlich Rekultivierung wird zugestimmt. Der Beschluss des UStA vom 20.3.2007 wird damit geändert.

Begründung:

1. Anlass

Der Beschlussvorschlag gründet auf zwei Problemstellungen. Zum einen erfordert es die schlechte Haushaltslage der Stadt, alle vertretbaren Einsparungen und Mehreinnahmen zu nutzen. Unter Nr. 165 der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ist ein (zusätzlich zu erwirtschaftender) Gewinn in Höhe von 700.000 Euro aus der städtischen Bodendeponie an der Talbrückenstraße aufgeführt. Zum anderen bedarf der bei der Hochschulerweiterung Lange Lage anfallende Aushubboden einer sicheren Entsorgung auf kurzem Wege, die derzeit nur auf der Deponie an der Talbrückenstraße geschaffen werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass das abzulagernde Bodenvolumen erhöht und die Laufzeit der Deponie verlängert wird.

Die rechtliche, technische und landschaftsverträgliche Machbarkeit einer solchen Maßnahme wurde bereits in der Vorlage 2009/3412 dargelegt. Weitere Ausführungen hierzu sind dem Kapitel 4 zu entnehmen.

2. Derzeitige Ablagerungskapazitäten in Bielefeld

Die derzeitigen Restkapazitäten zur Deponierung von unbelastetem Boden in Bielefeld betragen ca. 450.000 m³. Dies entspricht ohne Berücksichtigung der Einflüsse von Großprojekten wie Lange Lage (Uni-Erweiterung, FH-Neubau) oder A 33 einer Entsorgungssicherheit von grob geschätzt 3 Jahren.

Die in Jöllenbeck liegenden Deponien Ahle, Gajos und Nunnensiek sind bereits verfüllt bzw. befinden sich in der Rekultivierung. Ablagerungsmöglichkeiten gibt es noch an folgenden Standorten:

- a) Deponie Stork, Jöllenbeck, Bargholzstr., 150.000 m³, (z.Zt. allerdings fast keine Annahme von Boden, da die Ablagerung sehr stark abhängig vom Fortschritt der Abgrabung ist)
- b) Lärmschutzwall, Oldentrup, Salzuflerstr. westlich der A 2, Nordwall 64.000 m³
- c) Deponie Meyer zu Bentrup, Quelle, Osnabrückerstr. ca. 35.000 m³
- d) Deponie auf den Schlammfeldern Talbrückenstraße., 200.000 m³ (nach bisheriger Beschlusslage).

3. Aktuelle Situation an den Baustellen A 33 und Lange Lage

Seit Mitte 2009 sind an der Baustelle der A 33, Abschnitt 5 B, ca. 250.000 m³ Boden aus Bielefeld und dem näheren Umland abgelagert worden. Ab September 2010 werden aus einer Aussandung im Kreis Gütersloh die noch benötigten ca. 650.000 m³ zur A 33, Abschnitt 5 B, geliefert. Die vier bereits genehmigten Abgrabungen in Bielefeld werden für den Abschnitt 5 B nicht herangezogen.

Weitere benötigte Bodenmengen im Bereich der künftigen Autobahn-Bauabschnitte lassen sich z.Zt. weder zeitlich noch von der Masse vorhersagen.

Die Arbeiten zur Erweiterung des Hochschulcampus an der Langen Lage haben bereits mit dem Bau der Erschließungsstraße und der Versorgungstrasse begonnen. Ab Oktober 2010 fallen bei den Aushubarbeiten für die Gebäude ca. 280.000 m³ Aushubboden an, die zur Sicherstellung eines störungsfreien Bauablaufes und zur Erzielung von Einnahmen für die Stadt auf der Deponie Talbrückenstraße abgelagert werden sollen.

4. Veränderung der Deponiekapazität Talbrückenstraße

Die Deponiegenehmigung der Bezirksregierung Detmold (BR DT) vom 25.7.2007 sieht eine Ablagerung von 200.000 m³ unbelastetem Boden vor. Die Vorprüfung der BR DT ergab seinerzeit auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit für 650.000 m³, die in den Gremien vorgestellt und diskutiert wurde.

Die jetzt zur Beschlussfassung vorgelegte neue Deponiekonzeption sieht 550.000 m³ als Ablagerungsvolumen vor. Das sind 100.000 m³ weniger als in der ursprünglichen Planung und trägt damit der damaligen Diskussion über das Landschaftsbild Rechnung.

Der Deponiekörper ist als sanft ansteigender Hügel mit einer Böschungsneigung von ca. 1:10 geplant. Die Kuppe liegt auf einer Höhe von 106 m ü. NN (Ursprungsgeländehöhe 98 m ü. NN) und damit 4 m höher als die derzeitige Deponiegenehmigung. Die südlichen Polderdämme werden in die Deponie integriert (siehe Anlage 1).

Großflächig wird die Deponie mit Gras eingesät und auf ca. 12 ha zu Extensivgrünland entwickelt. An den Hängen werden Einzelbäume, Gebüsche und Feldgehölze gepflanzt. Bei allen Pflanzungen werden standorttypische Gehölze verwendet. Die geplanten Pflanzungen umfassen eine Fläche von ca. 3 ha. Ferner werden ca. 40 Einzelbäume gepflanzt, u.a. entlang des Jerrendorfweges eine Baumreihe aus Stieleichen. Dies entspricht im Wesentlichen der derzeitigen Plangenehmigung.

Der ermittelte Kompensationsflächenbedarf beträgt bei der genehmigten Deponie ca. 2 ha. Der Eingriff gilt auf Grund der Rekultivierung als in sich ausgeglichen. Ein zusätzlicher Ausgleichsbedarf ist nicht erforderlich, da sich die Eingriffsfläche bei der Erhöhung des Deponievolumens nicht verändert.

Alle für einen Betrieb der Bodendeponie erforderlichen Gutachten

- Geologie, Standsicherheit der Polder und der Deponieschüttung auf der Schlammlage und deren Rekultivierung
- Hydrogeologie, Auswirkungen auf das Grundwasser
- Lärmemissionen bei der Herstellung der Polder und des Deponiebetriebes
- Staubemissionen während des Baus der Polder und des Deponiebetriebes
- Auswirkungen auf die verkehrliche Situation im Bereich der Talbrückenstraße / Ortskern Schildesche

wurden auf der Basis eines Verfüllvolumens von 650.000 m³ bereits im März 2007 vorgestellt.

Hinsichtlich der Schallemissionen werden die Richtwerte der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm –AVwV Baulärm- im Bereich der angrenzenden Bebauung nicht überschritten. Die Grenzwerte der TA Lärm werden sicher eingehalten. Generell werden lärmarme Maschinen eingesetzt.

Nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser werden nicht erwartet.

Staubemissionen während des Deponiebetriebs werden durch Bearbeitung und zeitnahe Rekultivierung kleiner Verfüllabschnitte und intensive Reinigung der Zufahrtstraßen minimiert. Dennoch werden Staubemissionen im Bereich der angrenzenden Wohnbebauung während einer länger anhaltenden Trockenphase nicht ganz auszuschließen sein. Die Gesamtbelastung im Bereich der Siedlung Grafenheide und der Bebauung im Johannisbachtal wird nach den Berechnungen aber unterhalb der zulässigen Grenzwerte liegen.

Die Standsicherheit der Aufschüttung ist nachgewiesen.

Die Westerfeldstraße und die Talbrückenstraße sind als klassifizierte Hauptverkehrsstraßen geeignet und bestimmt, den Schwerlastverkehr aufzunehmen. Die Verkehrsstärken des Schwerverkehrs sind zwar nicht vollkommen unerheblich, aber nach Wegfall des Zielverkehrs zu den Bodendeponien im Bielefelder Norden bezüglich der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit in einer verträglichen Größenordnung. Auswirkungen auf die verkehrliche Situation durch die Baustelle Engersche Str. können für den Ortskern Schildesche jedoch nicht ausgeschlossen werden. Hier müssen in Abstimmung mit dem Amt für Verkehr Optimierungsmöglichkeiten geprüft werden. Von der Baustelle Lange Lage werden pro Stunde im Mittel 12 LKW die Deponie anfahren. Für den weiteren Deponiebetrieb ist mit deutlich geringeren Zahlen zu rechnen.

Um die Sicherheit der Reiter/innen sowie des Rad- und Fußverkehrs in der Baustellenzufahrt zu gewährleisten, werden im Wanderweg Umlaufschranken installiert.

Die Zufahrt von der Talbrückenstraße soll während der Betriebszeiten der Deponie für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen gesperrt werden. Die Alternativen sind die Brücke unter dem Viadukt und der neu angelegte Rundwanderweg im südlichen Auenbereich. Die Zufahrt zu den beiden Häusern nördlich des Johannisbachs ist sichergestellt.

Es ist noch darauf hinzuweisen, dass – anders als noch beim seinerzeitigen Genehmigungsverfahren - nach Änderung der Zuständigkeitsverordnung inzwischen die Stadt Bielefeld als Untere Abfallbehörde Genehmigungsbehörde für die Erweiterung der Deponie ist.

5. Mehreinnahmen als Konsolidierungsbeitrag für den städtischen Haushalt

Nach Fertigstellung der Baustraße im Juli 2010 kann die Deponie wie geplant über die Talbrückenstraße angefahren werden. Bereits ab August 2010 werden aus der in unmittelbarer Nähe liegenden Baumaßnahme RHB Wellbach 35.000 m³ Boden zur Deponie angeliefert. Von der Baustelle Lange Lage wird voraussichtlich von Oktober 2010 bis Juni 2011 Boden geliefert.

Da im Bereich der Stadt Bielefeld im langjährigen Mittel mit einem Bodenanfall von ca. 150.000 m³/a gerechnet werden kann, ist auch für die Folgejahre bis Ende 2014 ein wirtschaftlicher Deponiebetrieb mit kontinuierlichen Einnahmen möglich. Die im Haushaltssicherungskonzept eingeplanten Gewinne von zusätzlich 700.000,-€ sind damit realistisch. Unter günstigen Voraussetzungen ist eine Verfüllung einschließlich Rekultivierung sogar bereits vor Ende der Laufzeit möglich.

Beigeordnete

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

